

**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin
VI. Wahlperiode**

Vorlage zur Kenntnisnahme Aktueller Initiator: Bezirksamt Mitte von Berlin Beteiligte Initiatoren: Ursprungsdrucksachenart: Antrag, Ursprungsinitiator: Weiterbildung und Kultur Lemke	Drucksachen-Nr: 2192/VI Ursprungs-Datum: 11.06.2025 Aktuelles Datum: 12.11.2025		
Umbenennung der Kluckstraße in Anita-Augspurg-Straße			
Beratungsfolge:			
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Ergebnis</i>
26.06.2025	BVV Mitte	BVV-M/0037/VI	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
18.12.2025	BVV Mitte	BVV-M/0041/VI	

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

(Text siehe Rückseite)

-
- ☐ Kenntnisnahme
 - ☐ Zwischenbericht
 - ☐ zurückgezogen

Bezirksverordnetenversammlung Drucksache Nr.: 2192/VI
Mitte von Berlin

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Umbenennung der Kluckstraße in Anita-Augspurg-Straße

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.06.2025 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2192/VI):

Das Bezirksamt wird ersucht, die Umbenennung der 1935 nach Alexander von Kluck (1846–1934) – im 1. Weltkrieg Oberbefehlshaber der Armee des Deutschen Kaiserreichs und nach Kriegsende weiter Verfechter von Militarismus und Fürsprecher der Diktatur – benannte Kluckstraße einzuleiten, und die Straße, wie von vor Ort vorgeschlagen, nach der Frauenrechtlerin und Pazifistin Anita Augspurg (1857-1943) zu benennen.

Informationsvermittlung und Dialog mit den Anwohnenden vor Ort über die Umbenennungsgründe sowie über die Gründe für die Benennung der Straße nach Anita Augspurg sollen dabei teilnahmeorientiert organisiert sein und gleich mit Beginn des Verfahrens beginnen.

Das Bezirksamt hat am 11.11.2025 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Eine Umbenennung der Kluckstraße im Stadtteil Tiergarten ist nach § 5 der Ausführungsvorschriften des BerlStrG möglich und kann das entstandene Versäumnis, die Straße nach 1945 – wie mit anderen, im Umfeld liegenden Straßen des Viertels geschehen – zurück- oder umzubenennen, beheben. Gestützt wird dies zudem von dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte vom 20.06.2002 (Drsnr. 0384/II), welcher das Bezirksamt „ersucht, bei Straßen oder Plätzen, die neu- bzw. umbenannt werden sollen, folgende Kriterien zu berücksichtigen: [...] -

Die Beseitigung von Namen, die für nationalistische, militaristische und antidemokratische Haltungen stehen“.

Die Kluckstraße wurde am 5. Juni 1935 durch die NS-Behörden nach dem Oberbefehlshaber Alexander von Kluck benannt, welcher im Ersten Weltkrieg die I. Armee befehligte in Belgien und Frankreich einzumarschieren. Nach Kriegsende forderte er eine Revision der Versailler Verträge und leugnete die Alleinschuld des Deutschen Reiches am Ersten Weltkrieg. Er stand der ersten parlamentarischen Republik als Anhänger der Dolchstoßlegende diffamierend gegenüber. In seinem gesamten Werk schlägt sich eine revisionistische, nationalistische, militaristische und antidemokratische Haltung nieder, sodass er auch als geistig-politischer Fürsprecher einer Diktatur in Deutschland bezeichnet werden kann. Im Falle einer Beibehaltung des Namens kann das Ansehen Berlins Schaden nehmen. Dr. Anita Augspurg (1857-1943) war als erste deutsche promovierte Juristin (1897) bereits auf der Vormerkliste für eventuelle Straßenbenennungen enthalten. Sie setzte sich zeitlebens für die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen ein, engagierte sich für einen umfassenderen Zugang zu Bildung und wirkte maßgeblich an der Durchsetzung des Frauenwahlrechts mit.

Durch Ironie wandte sie sich in ihren Reden wortgewandt gegen das Patriachat, praktizierte einen konsequenten Pazifismus und Internationalismus und bewegte sich intellektuell in der

Nähe der Philosophie Friedrich Nietzsches. Vorwürfe eugenischer Positionen von Anita Augspurg sind historisch nicht belastbar.

Das Ersuchen, die Umbenennung der Kluckstraße in Anita-Augspurg-Straße vorzunehmen, geht auf eine Anregung der Landesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen vom 23. Juni 2021 zurück. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich mit dem Vorschlag an das Bezirksamt und die BVV. Folgend wurde das Anliegen im Ausschuss für Weiterbildung und Kultur der BVV behandelt und der Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte erstellte Stellungnahmen. Diese Stellungnahmen sowie eine Übersicht über den Umbenennungsprozess werden den Anwohnenden und der allgemeinen Öffentlichkeit unverzüglich zur Verfügung gestellt.

A) Rechtsgrundlage:

§ 5 Berliner Straßengesetzes i.V.m. Ausführungsvorschriften (AV Benennung)
§1 3 i.V.m.; § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den .11.2025

Für die Leiterin der Abteilung
Carsten Spallek
stellv. Bezirksbürgermeister